

Saint-Germain, 28. Juli. Staatskanzler Dr. Renner hat von Saint-Germain folgendes Schreiben an den Präsidenten Seid gerichtet:

Saint-Germain, 28. Juli 1919.

Herr Präsident! Ich habe bereits in meiner getrigen Depesche erklärt, daß ich die mir durch den Beschluß der Nationalversammlung anvertraute Leitung des Staatsamtes für Neuhercs übernehme, und habe mich dazu entschlossen, unter dem Zwange der Umstände und mit dem lebhaften Bedauern, daß unser Land aus Rücksichten diplomatischer Zweckmäßigkeit auf die unschätzbaren Dienste Dr. Otto Bauers in unserem Außenamte verzichten muß. Erleichtert hat mir meine Entschlicung der Umstand, daß, das Schwergewicht unserer Außenpolitik zurzeit in den Friedensverhandlungen zu Saint-Germain liegt und die Nationalversammlung mich mit diesen schon vorher betraut hatte. Der unbestreitbare Vorteil der Vereinfachung der Geschäfte wird allerdings wettgemacht dadurch, daß ich bei den Verhandlungen des wertvollen täglichen Beirates Bauers entraten muß. Seine volle Beherrschung aller auswärtigen Beziehungen der Staaten, die genaue Kenntnis der politischen und sozialen Verhältnisse und Bewegungen derselben und seine seltene Vertrautheit mit dem Personalstand der internationalen Politik sind unersehbar, und gerade jetzt, wo wir den Kampf um unsere künftige Existenz führen, schwer zu entbehren.

#### Der Kampf um Wahrheit und Recht.

Dieser Kampf erweist sich als weit schwieriger, als selbst die Bestimmten gedacht haben. Eine Maner von Vor- und Nachteilen ist gegen unser Volk im Ausland aufgerichtet. Man kennt dort nicht die staatsrechtlichen Verhältnisse, unter denen es zu leben gezwungen war, ahnt nicht den Grad seiner Einflußlosigkeit auf die Geschicke des Reiches, macht es für das Unheil des Krieges verantwortlich. Man belastet es mit der Schuld an einem Kriege, der von der Hof- und Militärkamarilla im Dienste der magyarischen Oligarchen, im Dienste der Wiederherstellung Bolens, im Dienste der imperialen Richtung der Tsarofflawen unternommen wurde und der mit unserem Gut und Blut geführt wurde. Aus einem Opfer des Krieges ist der Schuldige gemacht worden. Bei der Abrechnung über die Kriegsfolgen begeht man zum Teil unwissentlich das Unrecht, uns als alleinige Rechtsnachfolger der Habsburger-Monarchie zu behandeln, und droht ein paar arme Gebirgsprovinzen unter dem Vergsturz der Kriegsschulden eines ganzen Reiches zu begraben. Wir haben einen harten Kampf um die Wahrheit und um unseres Volkes Recht auf der Tribüne der ganzen Welt zu führen, um die Ehre unseres Namens wiederherzustellen und unser wirtschaftliches Dasein zu behaupten. Wohl dümmert einigen Völkern schon die Ahnung, daß uns ein furchtbares Unrecht geschieht, das die kommenden Geschlechter mit der traurigen Billigt der Sühne belasten könnte. Aber vielfach sind diese Völker durch Verträge gebunden, die

sie selbst im Drange der kriegerischen Ereignisse geschlossen haben und die sie jetzt schwer widerrufen können. Daher besteht die Gefahr, daß unser Volk, das nicht mit dem früher herrschenden verwechselt werden darf, durch die erste Instanz, durch den bevorstehenden Friedensvertrag in Saint-Germain, schuldig gesprochen wird. Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieser Friedensvertrag noch kein Instrument des Rechtes, sondern eine Schöpfung des Krieges sein wird, der bekanntlich immer mehr Unrecht schafft, als er tilgt.

#### Berufung an den Völkerbund.

Deshalb allein wird unser Volk noch nicht verzweifeln, solange es die Berufung an eine höhere Instanz offen sieht. Diese höhere Instanz kann der Völkerbund werden, wenn er sich tatsächlich zu einer friedlichen Vereinigung aller abendländischen Kulturvölker auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit weiter entwickelt. Dann kann er die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und die der bevorstehende Friede in Saint-Germain nicht schließt, sondern bloß zum Verharschen bringt, wirklich heilen. Deutschösterreich kann in der Lage, in der es sich befindet, kaum leben und also um so weniger wirksam auswärtige Politik machen, Freunden helfen und Feinden trösten. Es kann nicht anders, als sich vertrauensvoll dem Völkerbund und seinen Entscheidungen überantworten.

#### Unsere zukünftige Politik.

Nach meiner Auffassung wird es in die Politik der Großmächte sich nicht einmischen, noch die Rivalitäten seiner Nachbarn teilen, es wird nicht Großmacht, noch auch Nachbarschaftspolitik machen, sondern ausschließlich Völkerbundpolitik. Es braucht Ruhe und wünscht in keine der Mächte Europas verwickelt zu werden, am allerwenigsten aber einbezogen zu werden in den erweiterten Balkan, zu dem sich der europäische Südosten zu entwickeln droht. Indem sich Deutschösterreich auf diese Weise jeder auswärtigen Verwicklung fernhält, wird es versuchen müssen, seine Volkswirtschaft wieder aufzubauen und jene neue soziale Ordnung zu schaffen, die das Schwergewicht des wirtschaftlichen wie des politischen Lebens in die breiten Massen des werktätigen Volkes verlegt. So werden wir auch nach außen unseren guten Namen wiederherstellen und jenes Maß der Achtung und des Einflusses gewinnen, das nützt, um unsere Staatsbürger wie unsere Organismen im Auslande zur Geltung zu bringen und alle Vorteile des freien Weltverkehrs uns nutzbar zu machen.

Diese Hoffnung würde nur dann eitel werden, wenn der Völkerbund an sich versagt, oder wenn er uns die Anerkennung unseres Rechtes auf Existenz verweigert. Solange diese verzweifelte Lage noch nicht gegeben ist, müssen wir mit ernster Entschlossenheit den geschilderten Weg gehen.

Indem ich Dich, verehrter Präsident, bitte, den Mitgliefern des Hauptausschusses meine ergebensten Grüsse zu übermitteln, zeichne ich in freundschaftlicher Ergebenheit als Dein

Renner."